



Freitag, 13. Dezember 1974

Blatt 3096

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal:  
(rosa)
- Broschüre und Ausstellung über Wiens Budget  
Budgetdebatten-Statistik  
Weitere Anträge auf Verlängerung der Sperr-  
fristen für Friedhöfe  
Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke
- Lokal:  
(orange)
- Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:  
Verkehrsarme Zonen in Meidling und Mariahilf  
Stadtparksteg wieder benützbar  
Die Rettung im November: Mehr Interventionen  
bei Unfällen

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



K o m m u n a l :Wirtschaftsplan der Stadtwerke  
=====

StR. Franz Nekula (SPÖ), der Freitag im Gemeinderat den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1975 vorlegte, erinnerte an die weltwirtschaftlichen Veränderungen in diesem Jahr. Bei Vorlage des letzten Wirtschaftsplanes konnte noch niemand ahnen, daß es zu so schwerwiegenden Entwicklungen auf dem Energiesektor und in weiterer Folge auf dem Kapitalektor kommen würde. In den Zahlen der Wirtschaftspläne kommen diese Entwicklungen deutlich zum Ausdruck: Für 1974 wurde ein Wirtschaftsplan vorgelegt, der mit einem Abgang von 90 Millionen S praktisch ausgeglichen war, während für 1975 ein Abgang von 1.329 Millionen S angenommen wird.

Während der Energiekrise am Beginn dieses Jahres hat sich die Investitionspolitik der Stadtwerke als richtig erwiesen. Infolge der Vorratspolitik konnte die Energieversorgung sichergestellt werden. Die Stadtwerke konnten sogar der privaten Wirtschaft, die keine solche Vorratspolitik betrieben hatte, durch Überlassung von Heizöl helfen. Auch die Verkehrsbetriebe haben während der sogenannten "Pickerlitage" ihre Leistungsfähigkeit bewiesen.

Die Situation hat sich weltweit weiter verschlechtert. Das zeigt auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Steigenden Ausgaben stehen nur gleichbleibende Einnahmen gegenüber. Daraus ergibt sich zunächst ein unbedeckter Geldbedarf von 3.487 Millionen S. Es mußten deshalb dringende Investitionen von 1.049 Millionen S vorläufig gesperrt werden. Außerdem ist die Aufnahme einer Anleihe von 1.500 Millionen S vorgesehen. Es bleibt noch immer eine Geldlücke von 938 Millionen S, für die keine andere Bedeckung gefunden werden kann, als Tarifmaßnahmen.

"In diesen Zahlen", erklärte StR. Nekula, "drückt sich im wesentlichen die Explosion der Primärenergiekosten aus, die die ganze Welt erschüttert und mit ihrer vollen Wucht auch die Wiener Stadtwerke trifft". Allein die Verteuerung von Öl und Gas belastet die Wiener Stadtwerke nächstes Jahr mit Mehrkosten von rund einer Milliarde Schilling.

StR. Nekula verwies darauf, daß die Strompreiserhöhung heuer im Februar den österreichischen E-Werken Investitionsmittel bringen sollte. Sie wurde jedoch bei den Wiener E-Werken von der Öl-



preiserhöhung aufgezehrt. Andere E-Werke, die Wasserkraftwerke betreiben, waren davon nicht betroffen. Wenn bei Niederwasserstand die Speicher- und Flußkraftwerke nicht genügend Energie erzeugen können, müssen die kalorischen Kraftwerke ausgleichend wirken. Wenn in dieser Form ein Ausgleich gefunden wird, dann drängt sich die Frage auf, ob nicht auch ein Ausgleich bei den Kosten der Primärenergie in Form eines Energiepools gefunden werden könnte.

Zu den enormen Kostensteigerungen und zu den Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt kommt noch ein Mengenproblem. Ebenso wie die Straßen der Stadt keine unbegrenzte Aufnahmefähigkeit für den Verkehr haben, kann auch nicht damit gerechnet werden, daß die bisherige Entwicklung des Energieverbrauchs ohne Grenzen fortgesetzt werden kann. Es zeigt sich, daß die überproportional wachsenden Bedürfnisse auf dem Energiemarkt nur mit überproportional steigenden Kosten zu bewältigen sind, die trotz allen Bemühungen um sozial vertretbare Tarife schließlich auf den Verbraucher durchschlagen müssen.

Zu den von außen kommenden Belastungen kommen die steigenden Personalkosten. Vor zehn Jahren betrug der Personalaufwand der Stadtwerke 1,2 Milliarden S. Nächstes Jahr wird er um eine volle Milliarde höher liegen, obwohl seither durch Rationalisierungen tausend Dienstposten eingespart wurden. Ähnlich ist es bei den Materialkosten: Kostete vor zwei Jahren ein Großraumtriebwagen 4,2 Millionen S, so kostet er jetzt 6,8 Millionen S, das sind um 61,2 Prozent mehr.

Die E-Werke werden das Gasturbinen-Kraftwerk Leopoldau planmäßig fertigstellen, hier erfolgten keine Geldsperren. Beim geplanten neuen Block in Simmering sind hingegen von 289 Millionen S vorläufig nur 65 Millionen S verfügbar. Damit besteht die Gefahr, daß dieser Block nicht, wie vorgesehen, 1978 fertig wird, was die Versorgungssicherheit gefährden könnte. Schwerwiegend sind auch die großen Sperren beim Netzausbau.

Bei den Gaswerken mußten 184 von 281 Millionen S gesperrt werden. Rohr- und Zählererneuerungen können deshalb nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt werden, eine Verlangsamung der Umstellung auf Erdgas ist nicht auszuschließen.



Die beiden Energieversorgungsunternehmen wären trotz dieser schwierigen Situation durchaus in der Lage, die nötigen Mittel zu erwirtschaften, wenn man ihnen kostendeckende Tarife gestatten würde.

Anders ist es bei den Verkehrsbetrieben, die - wie in allen vergleichbaren Städten - keinesfalls kostendeckend geführt werden können. Hier muß der volkswirtschaftliche Nutzen berücksichtigt werden, der darin besteht, daß das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ohne die Verkehrsbetriebe nicht funktionieren könnte. Es gibt viele Vorschläge, wie dieser volkswirtschaftliche Nutzen berücksichtigt werden könnte. Sie gipfeln im sogenannten Nulltarif, dessen Verfechter allerdings nicht erklären, wie die dann fehlenden Tarifeinnahmen gedeckt werden sollen.

Die Stadt Wien leistet 1975 für die Verkehrsbetriebe - vom U-Bahn-Bau abgesehen - einen Zuschuß von 1,1 Milliarden S. Auch dieser hohe Betrag reicht nicht aus, um den Finanzplan auszugleichen. Bei den Verkehrsbetrieben werden sich die Investitionssperren in einer Verlangsamung des Übergangs zum schaffnerlosen Betrieb auswirken. Darüber hinaus wird die Möglichkeit eingeschränkt, in den Stoßzeiten zusätzliche Fahrzeuge einzusetzen. Wo die notwendige Erneuerung des Unterbaus nicht durchgeführt werden kann, müssen Langsamfahrstellen eingerichtet werden. Daß solche Maßnahmen dem allseits vertretenen Vorrang des öffentlichen Verkehrs diametral entgegengesetzt sind, versteht sich von selbst. Die Verkehrsbetriebe haben alles getan, was sie aus eigener Kraft tun konnten. Zwei Zahlen zeigen ihre Rationalisierung: 1934 kamen 60.000 Beförderungsfälle auf einen Bediensteten, jetzt sind es 116.000, also fast doppelt so viel. Aber sie brauchen auch Hilfe von außen: das gilt für die Hebung der Attraktivität, die nur dann eintreten kann, wenn man ihnen die notwendige Bewegungsfreiheit verschafft, aber auch für ihre finanzielle Bedrängnis.

Welches Wirtschaftsunternehmen ist in der Lage, einem ständig steigenden Kostendruck ohne entsprechende Maßnahmen auf der Einnahmenseite standzuhalten? Warum wird dies bei den öffentlichen Unternehmungen und speziell bei den Verkehrsbetrieben so selten und so schwer eingesehen? Warum werden so eminent wirtschaftliche Probleme, wie die Gebarung der Wiener Stadtwerke,



nicht ebenso nüchtern dargestellt und diskutiert wie etwa Presseorgane die notwendige Erhöhung ihrer Verkaufspreise begründeten? Wenn die Unternehmen ihre Leistungen weiterhin ungestört bringen sollen, wenn dieses wertvolle Vermögen der Stadt nicht unter Auszehrung leiden und verkümmern soll, dann muß man die Verantwortung aufbringen, Tarifmaßnahmen zu setzen.

Stadtrat Nekula brachte dann die bereits bekannten Anträge auf Änderung der Gas-, Strom- und Verkehrstarife ein. Er verwies darauf, daß damit die Geldlücke von 938 Millionen Schilling nicht gänzlich geschlossen werden kann, sondern ein offener Rest von 90 Millionen Schilling verbleibt.

Stadtrat Nekula verlas auch zwei Minderheitsanträge der ÖVP. Im ersten wird die Zurückweisung des Wirtschaftsplanes an die Generaldirektion der Stadtwerke zur Ausarbeitung von ausreichenden Geldbeckungsvorschlägen verlangt, im zweiten die Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben abgelehnt.

#### Stadtwerke-Debatte

Als erster Debattenredner unterzog GR. Bauer (FPÖ) den Wirtschaftsplan und die vorgeschlagenen Tarifregulierungen einer scharfen Kritik. Bei einem Verlust von 1,3 Milliarden Schilling müsse dieser Wirtschaftsplan als der katastrophalste aller Zeiten und der heutige Tag als "schwarzer Freitag" in der Kommunalpolitik der Nachkriegszeit bezeichnet werden. Die geplanten Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben bis zu fünfzig Prozent, beim Stromgrundpreis bis zu 150 Prozent und beim Gasarbeitspreis von über 50 Prozent seien als Paradebeispiel eines unverantwortlichen Preisexzesses anzusehen. Wenn aber trotz dieser Preissteigerungen die Investitionen nicht mehr vorgenommen werden können, viele Millionen an Anleihen aufgenommen werden müssen und dennoch die Schulden nicht bezahlt werden können sowie ein gigantisches Defizit bleibe - dann sei das eine Bankrotterklärung der sozialistischen Kommunalpolitik.

Im Detail erklärte GR. Bauer zu den Tarifierhöhungen: Beim Gaspreis gäbe es zahlreiche Ungereimtheiten und offene Fragen, es fehlten genaue Kalkulationsunterlagen. Die Gasverteuerung werde einen Durchschnittshaushalt, der mit Gas heizt, um 2.500 Schilling im Jahr mehr belasten. Zum Stromtarif sagte der Redner, daß



bereits vor einem halben Jahr der normale Tarif um 6,5 Prozent und der Nachtstrompreis um 20 Prozent erhöht worden sei. Mit der neuerlichen Tarifierhöhung werde somit der Nachtstrom innerhalb von zehn Monaten um 23 Prozent teurer. Mit der Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben werde die Wiener Straßenbahn zur teuersten Europas. Das werde zu einem Fahrgastrückgang mit allen seinen Auswirkungen in einem Ballungsraum führen. Es sei bezeichnend für die Sozialistische Partei, daß ausgerechnet der Kinderfahrchein um 50 Prozent und die tägliche Fahrt zur Arbeit um 33 bis 37 Prozent verteuert werde. Die Einführung der Netzkarten werde für die Arbeitenden keine Verbesserung bringen.

Zusammenfassend erklärte der Redner nochmals den Wirtschaftsplan als katastrophal und verlangte einen völlig neuen Anfang der kommunalen Wirtschaftspolitik: Die rasche Entflechtung der Versorgungsbetriebe untereinander und die Trennung von anderen Wirtschaftunternehmungen, Schluß zu machen mit dem Unsinn der Gebrauchsabgaben, gezielte finanzielle Unterstützung der echten Kommunalbetriebe und die Trennung von Nichtkommunalbetrieben, die nur Verluste produzieren. Eingespart könnte bei Firmenbeteiligungen, bei Grundkäufen und Prestigebauten wie die UNO-City werden.

#### "Offenbarungseid" der Stadtwerke

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) erklärte, heute werde der "Offenbarungseid" der Stadtwerke geleistet. Wie anders sollte dieser Wirtschaftsplan mit den Tarifierhöhungen bezeichnet werden, nachdem Stadtrat Nekula 1970 schon von einer beginnenden Sanierung gesprochen habe. Auch der "Genieblitz" von Bürgermeister Gratz mußte zufolge der wirtschaftlichen Gegebenheiten ausbleiben. Darüber könne auch verbale Virtuosität nicht hinwegtäuschen. Wenn der Bürgermeister in einem Artikel in der AZ erklärt habe, man könnte sich unter Umständen noch fünf Jahre lang eine Subventionierung der Tarife leisten, aber dann müßte mit dem Bau von Spitälern, Schulen, der U-Bahn, etc. Schluß gemacht werden, so sei dies eine Zumutung an die Bevölkerung. Obwohl in einem Bericht der Stadtwerke vor einem Jahr die wirtschaftliche Situation als schlecht dargestellt worden sei und Tarifierhöhungen als notwendig bezeichnet worden sind, habe Gratz damals einen einjährigen Tarifstop angekündigt.



Laut dem Wirtschaftsplan sei eine Finanzierungslücke von 3,5 Milliarden und ein ungedecktes Gelderfordernis von rund einer Milliarde vorhanden. Die Folgen davon, nach einem Bericht der Generaldirektion der Stadtwerke selbst, fuhr Ammann fort, seien Mängel in der Stromversorgung, in der Gasversorgung und auch bei den Verkehrsleistungen. "Das ist die Pleite", erklärte Ammann. Das Duo Androsch-Gratz trete immer schneller in die Tarifpedale und es werde so getan, als seien daran ausschließlich die Araber und die Russen schuld. Dabei anerkenne die Volkspartei beim Gas zufolge der Preiserhöhung bei der Primärenergie eine Tarifierhöhung von 30, aber nicht von 51 Prozent. Was den Straßenbahntarif angehe, so habe es Bürgermeister Gratz bei der letzten Wiener Konferenz als unmoralisch bezeichnet, von einem Defizit des Dienstleistungsbetriebes Verkehrsbetriebe zu sprechen, um wenige Tage später selbst die Tarifierhöhung mit dem "Defizit" von rund einer Milliarde zu begründen.

Ammann ging auch auf die Überlegung des Bürgermeisters ein, eine Verdoppelung der Kraftfahrzeugsteuer vorzunehmen und dafür jeden Autobesitzer gratis mit der Straßenbahn fahren zu lassen. Dies würde bedeuten, daß der Eigentümer selbst des teuersten Autos im Monat 225 Schilling zahlen würde, während ein Nichtautobesitzer für die gleiche Leistung der Verkehrsbetriebe, nämlich für eine Netzkarte, 294 Schilling zahlen müßte. Der Generaldirektor mit einem Swimmingpool sei also besser dran als das "arme Mutterl", das sich nur eine Schale Kaffee wärmt, warf Ammann Gratz einen von diesen in einem Interview gebrachten Vergleich vor. Der Vorschlag sei jedenfalls genauso seriös wie jener von Bundeskanzler Kreisky, künftig sollten Dienstfahrten mit dem Taxi absolviert werden.

Besonders heftig kritisierte Ammann den Widerspruch zwischen der vorjährigen Ankündigung von Bürgermeister Gratz über die Gleichheit im Informationsstand für alle politischen Parteien und der Realität im Rathaus. Die ÖVP habe erst vor elf Tagen den Entwurf für die neuen Tramwaytarife bekommen und erst wenige Stunden vor dem Beschluß im zuständigen Ausschuß die Einzelheiten über den neuen Gaspreis erfahren. Und wenn schon zuvor die AZ geschrieben habe, es würden neue Ausweise für die Netzkarten gedruckt, so sei die Tarifhoheit des Gemeinderates eine Farce. Der Wirtschaftsplan und die Tarifanträge seien ein Spiegelbild für die schlechte Finanzpolitik nicht nur der Stadt, sondern auch des Bundes.



Verständnis für Tarifregelung

GR. Hatzl (SPÖ) erklärte in der Debatte zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke, daß die Vorlage des Planes für 1975 die Möglichkeit bietet, ein Bekenntnis zu den Leistungen der Stadtwerke und der Stadtverwaltung, aber auch zu den Bediensteten abzulegen. Seit der Zusammenfassung der Stadtwerke im Jahre 1949 sei der Energiebedarf bei Strom von 800000 auf 4,500.000 MWH, die Gasabgabe von 300 Millionen Kubikmeter auf fast 1.200 Millionen Kubikmeter gestiegen. Nur die Zahl der beförderten Personen bei den Verkehrsbetrieben sank von 575 Millionen auf 405 Millionen. Der Redner warf der ÖVP vor, während der 50iger und 60iger Jahre keine zukunftsorientierte Politik betrieben zu haben. Er bezeichnete die Stadtwerke als ein Opfer der mangelnden Vorsorge der früheren ÖVP-Ressortverantwortlichen.

Der unbedeckte Betrag von 938 Millionen Schilling im Wirtschaftsplan konnte durch höhere Anleihen beziehungsweise weitere Sperren im Investitionsplan nicht verringert werden, da solche Maßnahmen wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Der Antrag sieht daher als Bedeckung des Abgangs Mehrerträge aus Tarifregulierungen vor. Der Gemeinderat habe daher in verantwortungsbewußter Weise der gegenwärtigen Situation Rechnung zu tragen. Den Abänderungsantrag der ÖVP bezeichnete Hatzl als demagogisch. Eine Bereinigung betriebsfremder Lasten bei den E- und Gaswerken, wie von der ÖVP vorgeschlagen, würde nur die Verkehrsbetriebe in verstärktem finanziellen Maße treffen und neue erhöhte Tarifgebühren nötig machen. Bei den E-Werken sind die stärksten Sperren beim Ausbau des Kraftwerkes Simmering, beim Ausbau und der Erneuerung der Leitungsnetze sowie bei den Umspann- und Unterwerken. Bei den Gaswerken ist die Umstellung auf Erdgas gefährdet, das Gasrohrnetz kann nicht entsprechend erneuert werden und die notwendige Anschaffung von Gaszählern gefährdet. Bei den Verkehrsbetrieben sind weniger Mittel für den Ersatz auszuscheidender Straßenbahnwagen und für die notwendigen Reparaturen vorhanden.

Der Debattenredner warf der Opposition mangelndes Interesse an der Entwicklung Wiens vor, und forderte sie auf, künftighin positiv mitzuarbeiten beziehungsweise mitzuhelfen, der Wiener



Bevölkerung die gegenwärtige Situation objektiv näher zu bringen und für das Verständnis der Tarifregelung zu sorgen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführung widmete er sich sehr eingehend den bereits erbrachten Leistungen im Jahre 1974. Dabei nannte er unter anderem die großen Fortschritte bei der Erdgasumstellung. Insgesamt wurden mehr als 23 Kilometer an Rohrleitungen verlegt, der Gesamtprozentsatz der umbauwürdigen Gasgeräte betrug mehr als 72 Prozent. Ebenso ging der Baufortschritt einer Erdgasdruckregel- und Meßstation rasch vorwärts. Die Fertigstellung des Gasturbinenkraftwerkes steht unmittelbar bevor. Die Planungsarbeit für die Errichtung der U-Bahn-Unterwerke für die Stromversorgung der künftigen U-Bahn ist gleichfalls bereits teilweise abgeschlossen. Bei den Verkehrsbetrieben wurden an die 200 Beiwagen, Triebwagen oder Autobusse umgebaut oder angeschafft. Bei dieser Gelegenheit unterstrich Hatzl den Umstand, daß es nur der Leistungsbereitschaft des Personals zu danken war, daß der Betrieb bei den Verkehrsbetrieben aufrecht erhalten werden konnte. Insgesamt wurden 2,7 Millionen Überstunden geleistet. Umweltfreundlich war die Fortsetzung des Umbaus der Autobusse auf Flüssiggasgemisch, womit eine starke Reduzierung der Schadstoffe erreicht wird.

Hatzl wies sodann auf die erfolgreiche Bilanz seit Übernahme dieses Ressorts durch Stadtrat Nekula hin. Als Beispiele dafür nannte er unter anderem das erste und zweite Beschleunigungsprogramm, die Forcierung der Umstellung auf Großraumwagen, die Umstellung auf schaffnerlosen Betrieb sowie eine Reihe von Netzverbesserungen in Wien. Seiner Meinung nach seien die Leistungen der letzten sechs Jahre bei weitem gewaltiger, als in den früheren Jahren der ÖVP-Ressortverwaltung.

Die Stadtwerke hätten unter dem seit Jahren anhaltenden finanziellen und auch personellen Druck ständig rationalisiert und würden diese Bemühungen im Interesse der Wiener auch in Zukunft fortsetzen. So ist allein der Personalstand um 6.000 in den letzten 20 Jahren gesunken. Hatzl nahm dies zum Anlaß, den Bediensteten der Stadtwerke für ihr Bemühen bei der Versorgung der Wiener Bevölkerung zu danken.



Keine Attraktivität

GR. Ing. Kreiner (ÖVP) bedauerte, daß die Vorschläge seiner Fraktion nicht diskutiert worden seien, hätte man sie aufgegriffen, wären keine Tariferhöhungen bei den Verkehrsbetrieben, keine Tariferhöhung bei den E-Werken nötig gewesen, sondern nur eine tragbare Erhöhung bei den Gaswerken.

Das Konkurrenzverhältnis öffentlicher Verkehr - Individualverkehr sei durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Verkehrsbetriebe nicht durch Erhöhung ihrer Attraktivität Kunden zu gewinnen versuchen, sondern durch ein Schlechtmachen ihres Konkurrenten, des Individualverkehrs. Wie gering die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel sei, hätten die "Pickerltage" gezeigt: Nach ihrer Auffassung seien die Autofahrer fluchtartig wieder zu ihren Fahrzeugen zurückgekehrt.

Die geringe Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien gehe auch aus dem Vergleich der Wegzeiten hervor: Berufstätige benötigen für den täglichen Weg zur Arbeitsstätte mit Straßenbahn oder Autobus 38,3 Minuten, Benutzer des eigenen Autos dagegen nur 22,5 Minuten.

Dann kam der Debattenredner auf Verbesserungsmöglichkeiten des öffentlichen Verkehrs zu sprechen. Im Bundesbudget seien für den Ausbau des Nahverkehrs 500 Millionen vorgesehen - wieviel davon entfällt auf Wien? Wie stehe es mit der Einführung von Linientaxis? Die Kontrolloren der Straßenbahn sollten weniger das Personal der Verkehrsbetriebe kontrollieren, sondern lieber mehr Schwarzfahrer erwischen. Die Zahl der Schwarzfahrer betrage 13 Millionen pro Jahr, das ergibt einen Ausfall von 37,7 Millionen Schilling.

Durch die Tariferhöhung werde das Realerträgnis pro verkauften Fahrschein von 3,43 Schilling auf 4,15 angehoben, was 21 Prozent darstellt. Es sei zweifelhaft, ob das angestrebte Umsteigen vom Auto auf die Straßenbahn stattfinden werde, zumal - wie die Statistik zeigt - der größere Teil der Berufstätigen ohnehin Straßenbahn und Autobus benützt: Zu Fuß erreichen 25,5 Prozent ihren Arbeitsplatz, mit dem Auto sind 34,4 Prozent unterwegs, während 40,1 Prozent öffentliche Verkehrsmittel benützen.



Wiener Wirtschaftskraft erhalten

GR. Schreiner (SPÖ) wies in seinem Debattenbeitrag zunächst auf die Leistungen der Bundeshauptstadt im Rahmen der gesamt-österreichischen Wirtschaft hin und erklärte, daß es zu den wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates zähle, diese Wirtschaftskraft Wiens zu erhalten und auszubauen. Die drei großen Versorgungsbetriebe der Stadtwerke stellten Grundpfeiler der Wiener Wirtschaft dar. Während aber andere Sparten der Wirtschaft in Wien prosperierten, haben die Wiener Stadtwerke schwere finanzielle Sorgen.

Im Einklang mit allen Vorrednern wies GR. Schreiner auf die dramatische Situation hin: Die Stadtwerke können sich notwendige Investitionen nicht mehr leisten, Instandsetzungen können sie nur mehr unter größten Anstrengungen durchführen, sie leiden so stark unter Kapitalmangel, daß Engpässe bei Gehaltszahlungen durch Kredite überbrückt werden müssen. Die Kreditlast steigt damit ins Untragbare. Der Erfolgsplan 1975 schließt mit einem Verlust von mehr als 1,3 Milliarden S. Trotz der Aufnahme einer Anleihe im Jahre 1975 werde der Finanzplan mit 938 Millionen S ungedeckt sein. Um diesen Betrag zu decken, wurde der Tarifantrag gestellt.

Verantwortlich für den akuten Zustand machte der Redner die stark gestiegenen Kosten der Primärenergie. Die Steigerung der Ölpreise auf das Doppelte und die steigenden Preise für das russische Erdgas haben die E-Werke mit voller Wucht getroffen und rapid in die roten Ziffern geführt. Für dieses Erdgas werden auch die Gaswerke 1975 mehr als das Doppelte zu bezahlen haben. Und die Verkehrsbetriebe, von denen kein vernünftiger Mensch eine ausgeglichene Gebarung verlangen könne, litten unter der Tatsache, daß sie ein personalintensiver Betrieb sind. Der Redner wies auf die gewaltigen Rationalisierungsmaßnahmen in allen drei Betrieben hin. Vor allem der Personalstand der Stadtwerke hatte von 20.043 Bediensteten im Jahre 1955 auf 14.687 Bedienstete im Jahre 1975 gesenkt werden können. Dennoch erhöhte sich der Personalaufwand im gleichen Zeitraum von 677 Millionen auf 2.217 Millionen S. Zu ähnlichen Ergebnissen komme man auch bei den anderen Aufwandsposten.



Durch all diese Jahre hindurch sei die Tarifpolitik äußerst zurückhaltend gewesen: Der Gaspreis ist sogar seit 1951 unverändert geblieben. Obwohl nach wie vor dieser Grundsatz gelte, dem sozial Schwachen Strom und Gas so billig wie nur möglich zu liefern, müsse man nun die Bevölkerung um Verständnis dafür bitten, jenen Beitrag zu leisten, der die Stadtwerke weiterhin in die Lage setzen soll, genügend Energie zu liefern und den öffentlichen Verkehr weiter auszubauen. Nach den Vorstellungen der Opposition müßten jedoch dringend notwendige Instandsetzungen am öffentlichen Gut eingestellt, neue Vorhaben unterlassen werden, müßten soziale Leistungen gesperrt, müßte mit dem Wohnungsbau Schluß gemacht und jährlich wachsende Beträge dafür verwendet werden, um die Tarife auf der gleichen Höhe zu halten. Die Menschen dieser Stadt seien sicher klüger als jene Ratgeber, die das vorschlagen.

Nach den maßvollen Tarifvorschlägen für Gas und Strom werde der Wiener Strompreis noch immer billiger sein als in anderen Bundesländern, meinte der Redner. Und die Verkehrsbetriebe böten ein Sichtkartensystem an, das praktisch eine starke Verbilligung brächte, personalsparend wirke und von keiner Großstadt in dieser Preislage geboten werde.

Gemeinderat Schreiner brachte damit im Zusammenhang einen Abänderungsantrag ein, der die Gültigkeit der 5-, 6-, und 7-Tage-Netzarten auch auf gesetzliche Feiertage ausdehnt.

Abschließend erklärte der Redner, daß es zukünftig gut sein werde, die Kostendeckung für E-Werke und Gaswerke im Auge zu behalten. Die Verkehrsbetriebe werde man aber im Interesse der Allgemeinheit aus den Mitteln der Allgemeinheit weiter finanziell unterstützen.

#### Abschluß Wirtschaftsplan-Debatte

Stadtrat Nekula (SPÖ) bezeichnete es als Widerspruch, wenn Debattenredner einerseits über wachsende Verschuldung und steigende Kosten sprachen, andererseits kritisierten, daß zu wenig investiert werde. Die Forderung, man möge wegen der so enorm gestiegenen Ölpreise keine kalorischen Kraftwerke mehr bauen, ist unerfüllbar. Man erinnere sich an die Winter 1971/72 und 1972/73, als wegen des Wassermangels die Wasserkraftwerke nicht genug Strom liefern konnten und die kalorischen Kraftwerke die Versorgung sichern mußten.



Es ist ein sinnvolles Nebeneinander der verschiedenen Kraftwerksarten notwendig. Stadtrat Nekula wandte sich gegen die Feststellung, daß der Kinderfahrschein um 50 Prozent verteuert wurde. Die Verkehrsbetriebe wollen gar nicht, daß die Eltern ihren Kindern das Geld für diesen teuren Fahrschein geben. Sie wollen, daß alle Kinder mit dem billigen Vorverkaufsfahrschein fahren.

Stadtrat Nekula betonte, man müsse verantwortungsbewußt für die Unternehmen eintreten, ohne die es kein modernes städtisches Leben geben kann. Wenn die Versorgung mit Strom und Gas und der öffentliche Verkehr gesichert sind, so beweist das, daß in den vergangenen Jahren gut vorgesorgt wurde.

Allen Mitarbeitern der Stadtwerke, die auch an Sonn- und Feiertagen und in der Nacht einsatzbereit sind, dankte Stadtrat Nekula (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1975 sowie die Änderung der Strom-, Gas- und Verkehrstarife wurden mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Der Abänderungsantrag der SPÖ, mit dem die Gültigkeit der Wochennetzkarten auch auf Feiertage ausgedehnt wird, wurde einstimmig beschlossen.

#### Schlußwort des Bürgermeisters

Bürgermeister Leopold Gratz teilte mit, daß im Jahre 1974 im Gemeinderat 1149 Geschäftsstücke behandelt wurden, ein Vielfaches dieser Zahl in den Ausschüssen. Für diese große Arbeit danke er herzlich den Gemeinderäten, den Mitgliedern der Bezirksvertretungen, den Bezirksvorstehern und den Mitgliedern des Stadtsenates. Er bat, diesen Dank an die Familien weiterzugeben, ohne deren Verständnis eine so große Arbeitsleistung nicht möglich gewesen wäre.

Bürgermeister Gratz dankte weiter allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, ohne deren Einsatz ein geordnetes Leben in der Stadt nicht möglich wäre. Er dankte den Angehörigen der Exekutive und den Wienern im österreichischen Bundesheer, vor allem denen, die im Mittleren Osten zur Sicherung des Friedens beitragen. Allen Wienerinnen und Wienern wünschte Bürgermeister Gratz ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückhaftes 1975.

(Ende des Sitzungsberichtes)



k o m m u n a l :

=====

## broschuere und ausstellung ueber wiens budget

6 wien, 13.12. (rk) der presse- und informationsdienst der stadt wien hat eine broschuere veroeffentlicht, die in knapper form ueber das wiener budget fuer 1975 informiert. die broschuere enthaelt kurze darstellungen aller geschaeftsgruppen, der grossbauten und des wirtschaftlichen hintergrundes, mit zahlreichen grafiken illustriert. die budgetbroschuere ist kostenlos in der rathaus-information oder ueber telefonische oder schriftliche anforderung beim presse- und informationsdienst, 1016 wien, volskgartenstrasse 3, telefon 42 800/2939 erhaeltlich.

in der schmidthalle des rathauses ist ausserdem eine informationsausstellung ueber das budget zu sehen, die freitag eroeffnet wurde. sie stellt die wesentlichen teile des budgets uebersichtlich dar.

im vorwort zur broschuere stellt buergermeister leopold g r a t z fest: "zum ersten mal legt die stadtverwaltung eine publikation vor, die einen ueberblick ueber das budget gibt. allen interessierten wird es damit erleichtert, sich ueber die einnahmen und ausgaben der stadt, ueber ihre vorhaben und ihre verwaltungstaetigkeit zu informieren. wir sehen darin einen weiteren schritt bei der einloesung unseres versprechens, die informationstaetigkeit der stadtverwaltung auszubauen und damit die voraussetzungen fuer eine aktive mitwirkung der bevoelkerung in der kommunalarbeit zu verbessern".

1230



k o m m u n a l :

=====

## budgetdebatten-statistik

7 wien, 13.12. (rk) die reform des ablaufes der budgetdebatte im wiener rathaus hat sich offensichtlich guenstig ausgewirkt, wie ein kleiner statistischer vergleich zeigt: im vorjahr dauerte die budgetdebatte 31 stunden und 55 minuten, wobei 57 redner das wort ergriffen. die diesjaehrige budgetdebatte nahm nur 22 stunden und 20 minuten in anspruch, dafuer aber meldeten sich 65 redner zu wort. es ist also offensichtlich gelungen, eine belebung der debatte zu erreichen.

1232



L o k a l :

=====

verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

verkehrsarme zonen in meidling und mariahilf

1 wien, 13.12. (rk) auch morgen samstag gelten fuer die innere mariahilfer strasse und die meidlinger hauptstrasse das fahr- und halteverbot fuer den individualverkehr, damit die bevoelkerung in diesen beiden wichtigen geschaeftsstrassen ungestoert und bequem weihnachtseinkaeufe erledigen kann. die verkehrsbeschraenkungen gelten in der meidlinger hauptstrasse von 9 bis 18.30 uhr und in der mariahilfer strasse von 10 bis 18.30 uhr.

ab 15. dezember gilt uebrigens wieder das schienenparkverbot tag und nacht.

stadtparksteg wieder benuetzbar

der fussgaengersteg ueber die wien im bereich des stadtparkes ist nach einer sanierung der holzkonstruktion ab heute, freitag mittag, wieder benuetzbar. fuer die reparatur wurden rund 250.000 s aufgewendet.

0938



l o k a l :

=====

die rettung im november:

mehr interventionen bei unfaellen

2 wien, 13.12. (rk) die zahl der hilfeleistungen der wiener rettung hat bei unfaellen - insbesondere bei verkehrsunfaellen -, kreislaufstoerungen und herzerkrankungen stark zugenommen. dies geht aus dem taetigkeitsbericht des rettungs- und krankenbefoerderungsdienstes der stadt wien fuer november hervor. so betrug die zahl der ausfahrten des rettungsdienstes in diesem monat 4.050 (im vorjahr waren es 3.903), davon waren allein 495 verkehrsunfaelle mit ueber tausend verletzten personen. bei selbstmordversuchen wurde 65 mal interveniert, in zwei faellen kam jede hilfe zu spaet.

der krankenbefoerderungsdienst transportierte im november insgesamt 5.857 personen, wobei 77.062 kilometer zurueckgelegt wurden. dabei handelt es sich um 5.248 interne faelle, 245 infektionen und 364 geistesranke. vom sanitaetspersonal wurden insgesamt sechs entbindungen teils im rettungswagen, teils in der wohnung durchgefuehrt.

0941



k o m m u n a l :

=====

weitere antraege auf verlaengerung der sperrfristen  
fuer friedhoeefe

12 wien, 13.12. (rk) in den vergangenen tagen wurden von mehreren bezirksvertretungen weitere antraege an den gemeinderat auf verlaengerung der sperrfrist fuer verschiedene friedhoeefe beschlossen.

die bezirksvertretung doebbling ersuchte einstimmig, die sperrfrist fuer den heiligenstaedter friedhof um zehn jahre zu verschieben.

die bezirksvertretung von liesing beschloss gleichfalls einstimmig, den gemeinderat zu ersuchen, die fristen fuer die sperre der friedhoeefe erlaa, siebenhirten und kalksburg um zehn jahre zu verlaengern.

auch die bezirksvertretung penzing ersuchte einstimmig um verlaengerung der sperrfrist fuer den friedhof hadersdorf-weidlingau um zehn jahre.

1558